



OSTASIEN

Asien ist der größte und bevölkerungsreichste Kontinent der Erde und von großer geostrategischer Bedeutung für die EU. Die EU hat drei strategische Partner in Ostasien: China, Japan und die Republik Korea. Die Sicherheitsbedenken in der Region betreffen die nukleare Herausforderung durch Nordkorea und die Territorialkonflikte im Südchinesischen Meer. Die EU ist ein starker Wirtschaftsakteur und wichtiger Geber im Bereich der Hilfe und Entwicklungsförderung. Sie setzt sich für die Stärkung von Institutionen, Demokratie, verantwortungsvolle Staatsführung und Menschenrechte ein.

Gegenstand dieser Kurzdarstellung ist der ostasiatische Raum. Weitere Kurzdarstellungen sind Südasien ([5.6.7](#)) und Südostasien ([5.6.9](#)) gewidmet.

RECHTSGRUNDLAGE

- Titel V (Auswärtiges Handeln der EU) des Vertrags über die Europäische Union (EUV);
- Artikel 206–207 (Handel) und Artikel 216–219 (internationale Übereinkünfte) des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV);
- Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) (bilaterale Beziehungen).

OSTASIEN

A. VR China

Nach den Ereignissen auf dem Platz des Himmlischen Friedens von 1989 verhängte die EU ein Waffenembargo, das noch immer besteht. Die Beziehungen zu China nahm die EU allerdings 1994 wieder auf. Die wachsende wirtschaftliche und geopolitische Verflechtung beider Partner findet in der Strategischen Agenda 2020 für die Zusammenarbeit EU-China ihren Widerhall. Dank dieser Agenda wurde die Zusammenarbeit in zahlreichen Bereichen, etwa der Außen- und Sicherheitspolitik, der Wirtschaftsentwicklung, der globalen Ordnungspolitik und der multilateralen Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Handels und der Investitionen sowie in sozialen, ökologischen und anderen Fragen und auch in Form persönlicher Kontakte vertieft und ausgeweitet.

2016 verabschiedete die EU die „Elemente für eine neue China-Strategie der EU“ und betonte darin, die EU müsse China bei seinen Reformen konkret unterstützen und sich gleichzeitig für Gegenseitigkeit, gleiche Ausgangsbedingungen und einen fairen



Wettbewerb in allen Bereichen der Zusammenarbeit einsetzen. Zugleich wurde im Rahmen der Strategie gefordert, die Vernetzung in den Bereichen Infrastruktur, Handel, Digitales und persönliche Kontakte zwischen Europa und China mithilfe einer offenen und transparenten, auf Regeln basierenden Plattform voranzutreiben.

Aufbauend auf der Strategie von 2016 veröffentlichte die Europäische Kommission im März 2019 die gemeinsame Mitteilung „EU-China – Ein strategischer Ausblick“. Darin fordert sie einen vielschichtigen Ansatz, der unterschiedliche Politikbereiche abdeckt, und ruft die Mitgliedstaaten zur unumschränkten Einheit bei ihrer Zusammenarbeit mit China auf. In dem strategischen Ausblick wurden ein verstärktes Engagement bei der Verfolgung gemeinsamer Interessen auf globaler Ebene sowie ein stärkeres Streben nach auf Gegenseitigkeit beruhenden Bedingungen in wirtschaftlichen Bereichen gefordert.

Das 21. Gipfeltreffen EU-China fand am 9. April 2019 in Brüssel im Anschluss an den strategischen Dialog zwischen der EU und China statt, der am 18. März 2019 in Brüssel zur Vorbereitung des Gipfeltreffens durchgeführt wurde. Die [gemeinsame Erklärung von 2019](#) zeigt die kontinuierlichen Bestrebungen auf, nicht nur bei der Bewältigung globaler Herausforderungen zusammenzuarbeiten, sondern auch Impulse für bilaterale Wirtschaftsbeziehungen zu geben, damit diese deutlich stärker von Nichtdiskriminierung, fairem Wettbewerb und gleichen Wettbewerbsbedingungen geprägt sind. In diesem Zusammenhang vereinbarten die EU und China insbesondere, Lösungen für eine Reihe zentraler Hürden zu finden, die auf beiden Seiten ermittelt wurden. Beim nächsten Gipfeltreffen EU-China soll eine entsprechende Bestandsaufnahme durchgeführt werden.

In der gemeinsamen Erklärung wurde bestätigt, dass die EU und China als globale Akteure auch gemeinsam für die Bewältigung regionaler und globaler Herausforderungen verantwortlich sind. Dazu gehören der Klimawandel und die Umsetzung des Übereinkommens von Paris (COP 21), gemeinsame Sicherheitsbedrohungen (etwa Terrorismusbekämpfung und Cybersicherheit) und die Einhaltung der Atomvereinbarung mit Iran im Zusammenhang mit dem iranischen Nuklearprogramm. Sie bekräftigten ferner ihre Entschlossenheit, den Multilateralismus und das regelbasierte multilaterale Handelssystem zu stärken. Das umfasst auch die Reform der internationalen Währungs- und Finanzsysteme (darunter die IWF-Quoten) und die Reform der Welthandelsorganisation (WTO). Die EU und China haben in diesem Rahmen eine gemeinsame Arbeitsgruppe eingerichtet. Sie bestätigten ferner, dass die G20 das wichtigste Forum für die internationale wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit sind, wenn es um die Aufrechterhaltung des multilateralen Systems geht. Beide Parteien sprachen sich zudem dafür aus, die Konnektivität zwischen Europa und Asien zu verbessern, und zwar auf der Grundlage von Marktregeln, Transparenz, offenen Vergabeverfahren, gleichen Wettbewerbsbedingungen und fairem Wettbewerb. Darüber hinaus sollen Synergien zwischen der EU-Strategie zur Förderung der Konnektivität zwischen Europa und Asien und Chinas Initiative für eine neue Seidenstraße geschaffen werden.

Derzeit laufen noch die Verhandlungen über ein ambitioniertes bilaterales Investitionsabkommen. Damit sollen gleiche Wettbewerbsbedingungen für Unternehmen geschaffen, neue Marktchancen eröffnet und Investoren und ihre



Anlagen geschützt werden. Zudem böte es beiden Seiten die Möglichkeit, weitreichendere und höhergesteckte Ziele in Betracht zu ziehen.

Die EU ist nach wie vor Chinas wichtigster Handelspartner, und China stellt den zweitgrößten Handelspartner der EU dar. Der Warenverkehr zwischen der EU und China hat einen täglichen Wert von weit über 1,5 Mrd. EUR. Im Jahr 2018 beliefen sich die Ausfuhren aus der EU nach China auf einen Jahreswert von 210 Mrd. EUR, während in umgekehrter Richtung Waren in Höhe von insgesamt 395 Mrd. EUR eingeführt wurden. Die Ausfuhren aus der EU nach China im Dienstleistungsbereich erreichten 2017 44 Mrd. EUR, während Dienstleistungen in Höhe von 28 Mrd. EUR eingeführt wurden. 2017 stiegen die ausländischen Direktinvestitionen Chinas in der EU auf fast 30 Mrd. EUR, während die Investitionen der EU in China Schätzungen zufolge im selben Jahr 6 bis 7 Mrd. EUR betragen.

Das Parlament hat in der Vergangenheit auf Chinas Menschenrechtsverletzungen hingewiesen, etwa willkürliche Festnahmen, Arbeitslager, die Todesstrafe, die Einschränkung der Meinungs- und Vereinigungsfreiheit, Zwangsabtreibungen und repressive Maßnahmen in [Tibet](#) und Xinjiang. Zudem unterstützt das Parlament die Forderungen chinesischer Bürger nach wirksamen politischen Reformen^[1] und verurteilt den Umgang mit verschiedenen Menschenrechtsverfechtern und -aktivisten. China lehnt jedoch jede „Einmischung“ in innere Angelegenheiten, darunter auch im Zusammenhang mit Menschenrechtsfragen, entschieden ab. Das 37. Treffen im Rahmen des Menschenrechtsdialogs zwischen der EU und China fand im April 2019 statt.

B. Taiwan

Die EU folgt der „Ein-China-Politik“ und erkennt Taiwan nicht als souveränen Staat an. Allerdings arbeitet die EU nach wie vor mit Taiwan in nichtpolitischen Bereichen zusammen, darunter Handel und Wirtschaft, Forschung und Klimawandel.

Die EU hat mit Taiwan einen strukturierten Dialog zu Wirtschafts- und Handelsfragen aufgenommen, der mehrere Wirtschaftszweige betrifft, etwa die Automobilbranche sowie die Branchen für Arzneimittel, Kosmetika und medizinische Geräte. Für Taiwan ist die EU der viertgrößte Absatzmarkt nach China, den USA und Japan. Der Warenverkehr zwischen beiden Seiten erreichte 2018 mit 51,9 Mrd. EUR einen neuen Höchstwert. Die EU stellt mit ausländischen Direktinvestitionen, die sich 2017 auf 21,2 Mrd. EUR beliefen, zugleich den größten Investor für Taiwan dar.

Das Parlament hat wiederholt eine engere bilaterale Zusammenarbeit zwischen der EU und Taiwan in Bereichen wie Handel, Forschung, Kultur, Bildung, Klimawandel und Umweltschutz gefordert und seine Unterstützung für potenzielle Verhandlungen über ein Investitionsabkommen zwischen der EU und Taiwan zum Ausdruck gebracht.

Am 22. März 2018 fanden die ersten Konsultationen zum Thema Menschenrechte zwischen Taiwan und der EU statt. Dabei wurden zentrale Menschenrechtsthemen wie die Universalität der Menschenrechte besprochen. Bei dem Treffen lobte die EU Taiwan für die freiwillige Einbeziehung der Bestimmungen der wichtigsten

[1]Entschließung des Europäischen Parlaments vom 14. März 2013 zu den Beziehungen zwischen der EU und China (ABl. C 36 vom 29.1.2016, S. 126).



Menschenrechtspakte der UN in die innerstaatlichen Rechtsvorschriften Taiwans und für den internationalen Überprüfungsmechanismus.

Taiwan wird im Januar 2020 die 15. Präsidentschaftswahlen abhalten. Die von der Demokratischen Fortschrittspartei nominierte Amtsinhaberin, Präsidentin Tsai Ing-wen, tritt zur Wiederwahl an. Gegenkandidat ist der von der Kuomintang-Partei aufgestellte Han Kuo-yu. Neben den von diesen beiden Parteien aufgestellten Kandidaten gibt es noch sechs unabhängige Bewerber.

C. Hongkong

Die Beziehungen zwischen der EU und Hongkong betreffen Handel und Wirtschaftsentwicklung, die Zusammenarbeit im Zollwesen sowie Innovation und Technologie, Wettbewerb, Lebensmittelsicherheit, Umwelt und Bildung. Die EU war 2018 für Hongkong im Warenverkehr zweitgrößter Partner nach Festlandchina, während Hongkong an 17. Stelle der wichtigsten Handelspartner der EU beim Handel mit Waren und an zehnter Stelle beim Handel mit Dienstleistungen stand. Im Dezember 2018 fand das zwölfte Treffen im Rahmen des strukturierten Dialogs zwischen der EU und Hongkong statt. Aufgrund der Verbesserungen im Bereich der verantwortungsvollen Staatsführung hat die EU Hongkong am 12. März 2019 von der Liste [nicht kooperativer Steuergebiete](#) gestrichen.

Das Parlament betonte in seiner 20 Jahre nach der Einrichtung der Sonderverwaltungsregion Hongkong angenommenen [Empfehlung vom 13. Dezember 2017](#), dass die Achtung des Grundgesetzes der Sonderverwaltungsregion Hongkong äußerst wichtig sei, wenn es um die weitere Stärkung der Beziehungen zur EU gehe. Die EU folgt zwar der „Ein-China-Politik“ und nimmt Chinas Ablehnung einer Einmischung in innere Angelegenheiten zur Kenntnis, in der Empfehlung wird jedoch Chinas Einmischung in die inneren Angelegenheiten Hongkongs verurteilt, die die langfristige Lebensfähigkeit des Modells „Ein Land, zwei Systeme“ gefährden könnte. Die immer noch andauernden Demonstrationen, die im März 2019 nach der Einführung des Entwurfs für ein Gesetz über flüchtige Straftäter und Rechtshilfe in Strafsachen („Fugitive Offenders and Mutual Legal Assistance in Criminal Matters Legislation Bill“) ihren Anfang nahmen, führen zu einer Eskalation der Gewalt und zu anhaltenden Unruhen in Hongkong. Die EU vertritt die Auffassung, dass Deeskalation und Dialog entscheidende Voraussetzungen für eine friedliche Lösung sind, ebenso wie die Achtung der Grundfreiheiten, die im Rahmen des Grundsatzes „Ein Land, zwei Systeme“ gewährt wurden. Die EU misst der weitgehenden Autonomie Hongkongs, die im Einklang mit dem Grundgesetz und internationalen Verpflichtungen gewahrt bleiben muss, große Bedeutung bei. Die Achtung der Grundrechte und -freiheiten und die Unabhängigkeit der Justiz sind weiterhin von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung Hongkongs.

D. Japan

Japan ist seit 2003 strategischer Partner der EU und teilt deren Werte mit Blick auf die Wahrung der Menschenrechte, die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit. Am 1. Februar 2019 ist das Abkommen über eine strategische Partnerschaft (SPA) zwischen der EU und Japan vorläufig in Kraft getreten. Dabei geht es um den politischen Dialog und die Zusammenarbeit in politischen Fragen sowie bei regionalen



und globalen Herausforderungen. Der Partnerschaft wird damit eine neue Dimension eröffnet. Das Abkommen wird ebenso den interparlamentarischen Dialog zwischen dem Europäischen Parlament und dem japanischen Parlament stärken. Am 1. Februar 2019 ist das Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA) zwischen der EU und Japan in Kraft getreten. Es ist eines der umfangreichsten Freihandelsabkommen der EU und soll auf beiden Seiten Handel und Wirtschaftswachstum ankurbeln. Das WPA beinhaltet Zusagen mit Blick auf den Warenhandel und den Handel mit Dienstleistungen und bietet zudem einen Rahmen zur Förderung bilateraler Investitionen. Mit dem WPA wurden darüber hinaus hochgesteckte Ziele für eine nachhaltige Entwicklung festgelegt, denn erstmalig fand ein spezifisches Bekenntnis zum Übereinkommen von Paris Eingang in ein WPA.

Die EU und Japan teilen die Vorstellung von einer offenen und regelbasierten Weltwirtschaft, in der höchste Standards garantiert werden.

Japan ist für die EU nach China der zweitgrößte Handelspartner in Asien; 2018 belief sich der Handel zwischen den beiden Seiten auf insgesamt 135 Mrd. EUR. Beide Parteien wollen auch künftig die Investitionsbeziehungen verbessern und hierfür in naher Zukunft ein separates Investitionsschutzabkommen abschließen. Dieses Abkommen würde Normen für den Anleger- bzw. Investitionsschutz und Streitbeilegungsverfahren umfassen. Die EU und Japan schlossen ferner am 17. Juli 2018 die Verhandlungen über ein angemessenes Datenschutzniveau ab. Am 23. Januar 2019 nahmen die beiden Partner Beschlüsse an, mit denen ihre Datenschutzsysteme jeweils als „gleichwertig“ anerkannt wurden. Damit wurde der weltweit größte Raum für einen sicheren Datenfluss geschaffen.

Im Rahmen des 26. Gipfeltreffens EU-Japan vom 25. April 2019 wurden vorrangig Themen wie Klimawandel, regionale Sicherheit und Handel sowie der Stand der bilateralen Beziehungen erörtert. Am 27. September, während des zweiten Besuchs von Premierminister Abe in Brüssel im Jahr 2019, unterzeichneten die EU und Japan „Die Partnerschaft für nachhaltige Konnektivität und hochwertige Infrastruktur zwischen der Europäischen Union und Japan“.

E. Republik Korea (Südkorea)

Die Beziehungen zwischen der EU und Südkorea gehen auf das Abkommen über Zusammenarbeit und Amtshilfe im Zollbereich aus dem Jahr 1997 zurück. Heute ist Südkorea einer der zehn wichtigsten strategischen Partner der EU in den Bereichen weltweite Sicherheit, Wirtschaft, Umwelt und internationale Zusammenarbeit. Der bilaterale Handel zwischen der EU und Südkorea hat stark zugenommen und verzeichnete im Jahr 2018 einen Rekordwert von über 100 Mrd. EUR. Die EU ist ferner ein wichtiger Investor für Südkorea: 2017 beliefen sich ihre ausländischen Direktinvestitionen auf 51 Mrd. EUR.

Die Wissenschafts- und Technikbranche Südkoreas gehört zu den fortschrittlichsten der Welt. Die Ausrichtung auf Innovation steht dabei im Vordergrund. Im Bereich der Robotik und der künstlichen Intelligenz kann das Land zudem beeindruckende Erfolge vorweisen. Für die EU bieten sich hier neue Chancen für eine stärkere Zusammenarbeit in wissenschaftlichen und technischen Fragen.



Der digitale Wandel ist in der Wirtschaft Südkoreas äußerst weit vorangeschritten. Nach einer Reihe von Hackerangriffen, die sich auf öffentliche Einrichtungen und Millionen von Menschen auswirkten, arbeitet das Land derzeit an einer nationalen Strategie zur Cyberabwehr. Die Mehrzahl der großen Cyberangriffe wird Nordkorea zugeschrieben. Mit Blick auf Cyberbedrohungen ist ferner ein Ausbau der Zusammenarbeit zwischen der EU und Südkorea zu verzeichnen. Im Juni 2019 fand in Brüssel der fünfte Cyber-Dialog zwischen der EU und Südkorea statt.

Bei den innerkoreanischen Beziehungen liegt der Schwerpunkt derzeit auf wirtschaftlichem Engagement und Entnuklearisierung. Die Teilnahme Nordkoreas an den Olympischen Winterspielen im Februar 2018 in Pyeongchang markierte einen Wendepunkt in den Beziehungen. Der südkoreanische Präsident Moon Jae-in bemüht sich darum, über Dialog und vertrauensbildende Maßnahmen eine Entspannung der Beziehungen herbeizuführen. Zwischen April und September 2018 fanden drei innerkoreanische Gipfeltreffen statt, bei denen es um die Entnuklearisierung ging. Trotzdem verschlechterten sich die innerkoreanischen Beziehungen 2019 nach dem Gipfeltreffen zwischen den USA und der Demokratischen Volksrepublik Korea und noch stärker im August 2019, als die USA und Südkorea eine gemeinsame Militärübung durchführten. Die Demokratische Volksrepublik Korea bezeichnete dies als Verletzung der drei im Jahr 2018 getroffenen Abkommen und beschuldigte Südkorea, sich mit externen Kräften zu verbünden und an verdeckten feindseligen Akten festzuhalten. Die EU unterstützt eine diplomatische Lösung der nuklearen Krise auf der koreanischen Halbinsel.

Im März 2017 bestätigte das Verfassungsgericht Südkoreas die Amtsenthebung der damaligen Präsidentin Park Geun-hye. Der Vorsitzende der demokratischen Partei, Moon Jae-in, wurde daraufhin im Mai 2017 zum Präsidenten gewählt. Die neue Regierung setzt auf eine anspruchsvolle auf Wirtschaftswachstum ausgerichtete Agenda, wozu sie die Staatsausgaben erhöht hat und eine auf Umverteilung ausgerichtete Sozialpolitik verfolgt. Im September 2019 ernannte Präsident Moon Cho Kuk zum Justizminister und beauftragte ihn mit der Ausarbeitung von Justizreformen, darunter auch mit der Gründung einer Anti-Korruptionsbehörde, die im Fall eines Verdachts gegen hochrangige Beamte ermitteln soll. Aufgrund von Protesten gegen seine Ernennung und Korruptionsvorwürfen trat Cho Kuk am 14. Oktober 2019 zurück. Die Vorwürfe schädeten dem Image der regierenden Minjoo-Partei im Vorfeld der Parlamentswahlen im April 2020. Im Oktober 2019 war Präsident Moon so unbeliebt wie seit 2017 nicht mehr, trotz seines Versprechens, den Themen Schaffung von Arbeitsplätzen, Reformen zur Korruptionsbekämpfung und Bekämpfung der Ungleichheit oberste Priorität einzuräumen.

Eine Delegation des Ausschusses des Parlaments für auswärtige Angelegenheiten besuchte im April 2018 Japan und Südkorea. Dabei ging es um eine Vertiefung der strategischen Partnerschaften und ihrer parlamentarischen Dimension.

Am 19. Oktober 2018 fand in Brüssel das neunte Gipfeltreffen EU-Südkorea statt. Beide Seiten erörterten die Ausweitung der bilateralen Agenda und allgemeinere Herausforderungen im Zusammenhang mit Sicherheit und Frieden auf weltweiter und regionaler Ebene und der Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen.



Im November 2019 besuchte eine Delegation der südkoreanischen Nationalversammlung das Europäische Parlament in Brüssel zur 21. interparlamentarischen Sitzung. In den Gesprächen ging es vor allem um das Freihandelsabkommen, den Klimawandel, Sicherheitsfragen und Technologie.

Das Land hat vier der zentralen Übereinkommen der IAO über Zwangsarbeit, Versammlungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechts und des Rechts auf Kollektivverhandlungen nicht unterzeichnet. Im Oktober 2019 verabschiedete die Regierung den Gesetzesentwurf, der an die Nationalversammlung übermittelt werden sollte. Angesichts des Widerstands von Unternehmen und Gewerkschaften ist ungewiss, ob die Gesetzesentwürfe verabschiedet werden.

F. Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea)

Die EU verfolgt gegenüber der Demokratischen Volksrepublik Korea (Nordkorea) eine Politik des kritischen Engagements, bei der Druck in Form von Sanktionen und weiteren Maßnahmen ausgeübt wird, gleichzeitig aber Kommunikationskanäle offen gehalten werden. Der bilaterale Austausch ist sehr begrenzt. Derzeit gibt es mit Nordkorea weder geltende bilaterale Verträge über die politischen Beziehungen noch Handelsverträge. Mit Ausnahme der humanitären Hilfe wird die Entwicklungszusammenarbeit der EU, die vornehmlich die Ernährungssicherheit betrifft, zudem von politischen Erwägungen, Sanktionen der Vereinten Nationen und anderen Restriktionen bestimmt. Das Parlament hat Pjöngjang in mehreren Entschlüssen wegen seines Atom- und Raketenprogramms verurteilt und seiner äußerst großen Besorgnis angesichts der sich verschlechternden Menschenrechtssituation im Land Ausdruck verliehen.

Zur Ergänzung und Verschärfung der einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen (2270, 2321, 2371, 2375 und 2397) [weitete die EU die Sanktionen gegen die Demokratische Volksrepublik Korea mehrfach aus](#), indem sie das Verbot von Investitionen in Finanzdienstleistungen und Verkehr auf weitere Branchen ausdehnte. Dazu gehören die mit konventioneller Rüstung in Verbindung stehende Industrie, das Hüttenwesen, die Luft- und Raumfahrt sowie Computerdienstleistungen und Dienstleistungen im Bereich Bergbau sowie im Fertigungsbereich der Chemie-, Bergbau- und Raffinerieindustrie. [Im April 2018 nahm die EU eine weitere Person und 21 Einrichtungen in die Liste der Personen auf](#), für die die gegen Nordkorea gerichteten restriktiven Maßnahmen gelten. Ausschlaggebend dafür war ihre Beteiligung an illegalen Handelstätigkeiten und Tätigkeiten zur Erleichterung der Umgehung der verhängten Sanktionen. Derzeit stehen insgesamt 80 Personen und 75 Einrichtungen auf der von den Vereinten Nationen geführten Liste, während die EU weitere 59 Personen und neun Einrichtungen auf ihrer Sanktionsliste führt.

Nach der gemeinsamen Teilnahme von Nordkorea und Südkorea an den Olympischen Winterspielen im Februar 2018 in Pyeongchang fanden drei innerkoreanische Gipfeltreffen statt (April, Mai und September). Diese historische Entwicklung zeigt das beiderseitige Interesse an Entspannung und Frieden auf der koreanischen Halbinsel.

Das erste Gipfeltreffen zwischen Nordkorea und den USA fand am 12. Juni 2018 in Singapur statt. Der nordkoreanische Präsident Kim Jong-un und US-Präsident Donald Trump sind in ihrer gemeinsamen Erklärung vom 12. Juni 2018 übereingekommen,



neue Beziehungen auf der Grundlage der Panmunjom-Erklärung aufzubauen, die im April 2018 auf dem innerkoreanischen Gipfel unterzeichnet wurde. Nordkorea sagte zudem zu, auf eine vollständige Entnuklearisierung der koreanischen Halbinsel hinzuwirken. Das zweite Gipfeltreffen zwischen Nordkorea und den USA fand am 27. und 28. Februar in Hanoi (Vietnam) statt. Dabei wurde jedoch keine Einigung hinsichtlich der Entnuklearisierung erzielt. US-Präsident Trump erklärte, er sei bereit, die Verhandlungen mit Kim Jong-un fortzusetzen. Momentan gibt es bei den Beziehungen zu den USA keine Fortschritte und die Deeskalationsbemühungen wurden auf Eis gelegt.

Ulrich Jochheim / Jorge Soutullo
11/2019

